Stellungnahme der Grünen-Fraktion
Gemeinderat-Sitzung am 28/07/25, Tagesordnungspunkt 8
Grundsatzentscheidung über die Einführung einer Verpackungssteuer

Was wir auf den Straßen und den Plätzen, im Begleitgrün und in stillen Ecken an Verpackungsmüll sehen, ist das, was die große Mehrheit der Rastatter Bevölkerung aufregt. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die weitaus größere Menge landet ordnungsgemäß in den Abfalleimern der Stadt. Es ist zwar schön, dass sie nicht in der Landschaft herum liegt, aber sie muss dennoch entsorgt werden und das ist nicht billig.

Ich gebe zu, die folgenden Zahlen sind etwas älter, aber abgenommen hat die Menge eher nicht. Im September 2017 bekamen wir auf die Anfrage der Grünen-Fraktion hin die Auskunft, dass in Rastatt jährlich 6,5 t Müll aus Papierkörben und von der Stadtreinigung eingesammelt werden. Davon sind ca. 20% Kaffeebecher. Den Rest bilden v.a. Burger-Verpackungen, Pizza-Kartons etc.

Alle zahlen also für die Entsorgung, auch die, die immer Verpackungsmüll vermeiden.

Was tun nun die Firmen, die diesen Abfall in Verkehr bringen? Das wollten wir wissen und wir haben schriftlich angefragt (kursiver Text). Dabei beziehen wir uns auf das Positionspapier des Bundesverbands der Systemgastronomie.

Sie schreiben, Mitgliedsunternehmen würden regelmäßige Müllsammelrundgänge durchführen.
Wann wurden diese Rundgänge in Rastatt durchgeführt? Welche Unternehmen waren beteiligt? Wie viel Müll wurde eingesammelt?
Keine Antwort.

Sie fordern Informationskampagnen und die Beseitigung von Abfällen in der Umwelt durch gemeinsame Abfallsammelaktionen. Wer dafür die Kosten tragen soll bleibt unerwähnt. Uns ist nicht bekannt, dass sich Ihre Mitgliedsunternehmen an der jährlichen Aktion Saubere Stadt in Rastatt finanziell beteiligen. Wir lassen uns aber gerne eines Besseren belehren. Welche Unternehmen haben sich personell oder finanziell an der Aktion beteiligt?
Keine Antwort.

Sie schreiben, dass Mehrwegsysteme nicht angenommen würden. Das ist klar, weil es keinen finanziellen Vorteil gibt. Als Beispiel kann die Bepreisung von Plastiktüten in Supermärkten dienen. Seit sie nur einen geringen Betrag kosten, werden sie kaum noch in Anspruch genommen.
Keine Antwort.

Sie schreiben, dass Mehrwegverpackungen ökologisch nicht besser zu bewerten seien als Einweg.
Können Sie uns mitteilen, wie viel Prozent der Einwegverpackungen PFAS-frei sind?
Keine Antwort.

Sie schreiben von Konsumverlagerung.
Was heißt das genau? Wohin verlagert sich der Konsum? Kommt es womöglich dazu, dass Menschen ihr Essen wieder selbst kochen?
Keine Antwort.

Wenn die Anbieter wollten könnten sie über ihren gewaltigen Marketingapparat, jederzeit das Mehrwegsystem propagieren. Das funktioniert bei jedem Kindermenü oder bei Sonderaktionen. Bei Mehrweg soll das nicht funktionieren?

Der Beschlussvorschlag lautet ja „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Erhebung einer Steuer auf Einwegverpackungen (Verpackungssteuer) zu erarbeiten.“

Und gleichzeitig „… ein Mehrweg-Förderprogramm für Gastronomie und Handel sowie Rastatter Vereine zu erarbeiten.“

Damit ist inhaltlich noch gar nichts beschlossen. Alle Mitglieder dieses Gremiums haben heute ja auch die Gelegenheit, ihre Kriterien (wenn sie überhaupt welche haben) der Verwaltung mitzugeben. Der Grünen-Fraktion ist es wichtig, dass auch innerhalb der Müllfraktion unterschieden wird. Dass das Papiertütchen für den Fleischkäsweck nicht gleich behandelt wird wie der Pizzakarton. Weder das Volumen noch das Material würden dies rechtfertigen. Das ist nur **ein** Beispiel.

Die Stadt wird nicht sauberer durch eine orchestrierte Kampagne, wie wir sie gerade von Seiten des BdS und seiner Funktionäre vor Ort erleben. Schöne Worte, Jammern und Drohen senken die Entsorgungskosten nicht.

Der Vorschlag der Verwaltung vereint die nötigen Komponenten Druck und Anreiz oder wie es neuerdings heißt „Push- und Pull-Faktoren“. Deshalb stimmt die Grünen-Fraktion der Vorlage zu.